

Saale-Beitung.

Dreizehnter Jahrgang.

Abonnement... Preis...

Nr. 291.

Saale a. S., Freitag, den 25. Juni.

1909.

Die zweite Lesung der Erbanfallsteuer.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 24. Juni 1909.

Salb nach 2 Uhr eröffnet der Vizepräsident... Die Tribüne des Publikums ist nur mäßig besetzt...

angehen werden kann. Die bequeme Steuer ist aber noch lange nicht die beste. (Sehr richtig! rechts.) Alle die Gründe, die gegen eine Reichserbvermögensesteuer und Reichseinkommensteuer zu erheben sind, gelten auch gegen die Erbschaftsteuer.

dann wird der Besitz in ausreichendem Maße erfasst werden, dann wird eine Reichsfinanzreform zustande kommen, die ungefähr in dem Sinne ausfällt, wie es der Entwurf der Regierung vorgehen hat...

Stenographischen Bericht

Die Erbschaftsteuer.

Wie in der Kommission wird zunächst § 9a: Die Defizienten- und Ehegattensteuer zur Verhandlung gestellt. Nach einer kurzen Besprechungsdebatte, in der Abg. Bassermann (ntl.) zu Anfang Widerspruch erhebt, wird auf Antrag Müller-Meinings (fr. Sp.) einstimmig beschlossen, mit dieser Verhandlung den Antrag des Freiherrn v. Camp (Wp.) zu verbinden, der, wie in der Kommission, eine verfassungsrechtliche Bindung der jetzt zu beschließenden Steuerergänzung für die Defizienten und Ehegatten sowie für alle anderen Vermögensgegenstände verlangt; es soll also ihre spätere Erhebung von einer Dreiviertelmehrheit im Bundesrat abhängig sein.

Der Berichterstatter Abg. Graf (Wirtsch. Wg.) berichtet kurz über die Ablehnung dieses Hauptparagrafen in der Kommission mit 14 gegen 14 Stimmen.

Abg. Frhr. v. Richthofen (kons.):

Ich glaube, ich werde mir den Dank des Hauses verdienen, wenn ich mich möglichst kurz fassen und keine lange Rede halte. (Stürmischer Beifall.) Was die Stimmung unserer Fronten gegen die Erbschaftsteuer anlangt, so kann ich mich namens der überwiegenden Mehrheit meiner Parteifreunde auf den Boden der Ausführungen des Grafen Westarp stellen. Er hat unsere Bedenken gegen die Erbschaftsteuer ausführlich dargelegt. Während der vielmaligen Verhandlungen, die hier über die Reichsfinanzreform gepflogen worden, ist der Erbanfallsteuer von Monat zu Monat eine steigende Bedeutung beigemessen worden. Es ist noch nicht lange her, daß ein Führer einer linksstehenden Partei noch in der Kommission erklärte, ein Betrag von 100 Millionen Mark Besteuerungen müsse herauskommen. Welche Besteuerer es sei, sei eine sekundäre Frage. (Hört, hört! rechts.) Heute macht das Verhalten der meisten Parteien des Hauses den Eindruck, als sei das Schicksal der ganzen Reichsfinanzreform, die doch alle bürgerlichen Parteien ausnahmslos dringend wollen und wünschen, von der Zustimmung über diese Steuerfrage abhängig. (Sehr richtig! rechts.) Dabei sind doch zahllose andere Steuererträge, die von der Regierung in Vorschlag gebracht wurden, anstandslos aus dem Programm der Finanzkommission lang- und kurzlos verabschiedet. (Hört, hört! rechts.) Niemand hat daran gedacht, den Parteien deswegen eine Schuld beizumessen. Sie haben nach ihrem pflichtgemäßen Gewissen gehandelt. (Sehr richtig!) In der Sache selbst liegt im Augenblicke eine einseitige Scharbrettung vor, durch die die Wichtigkeit dieser einen Frage übertrieben eingehängt wird. Zu unserem lebhaften Bedauern trägt die Reichsregierung an diesem Sachverhalt einen Teil der Schuld mit. Sie hat uns den neuen Entwurf vorgelegt, nachdem sie ihn durch den ganzen Verlauf der Verhandlungen überzeugen konnte, daß ein großer Teil dieses Hauses der Frage prinzipiell ablehnend gegenüberstand. In der Tat liegt das in der Sache ja, daß die Erbanfallsteuer mit Rücksicht auf die Steuererhebung der Einzel-

Abg. Frhr. v. Richthofen (kons.): Ich habe mich nicht zu bestimmen lassen. (Heiterkeit rechts.) Ich weiß alle die Unterschiede solcher Motive als eine Beschäftigung wertig. (Beifall rechts.) Dann ist die Frage erörtert, ob die Erbschaftsteuer in der Finanzreform einen besonderen Platz beanspruchen kann. Wir haben uns vor langer Zeit für eine Besteuerung ausgesprochen. Wir müssen zugeben: keine Besteuerung erfasst den Besitz so in ihrer Totalität wie die Erbschaftsteuer, die Vermögenssteuer, die Einkommensteuer. Wenn Sie aber das Vermögen und das Einkommen aus den vorher angezeigten Gründen nicht in ihrer Totalität erfassen können, dann bleibt nichts übrig, als möglichst viele, wenn es angeht, alle Besitzarten und Einnahmequellen einzeln zu fassen. Und das ist die Pflicht aller Anträge, die aus unserer Partei oder mit unserer Beihilfe aus anderen Parteien zur Verhandlung treten. Wir wollen den Besitz möglichst aus allen Quellen fassen (Lachen links) und dann ist das Resultat das selbe. (Zuruf von links: Damit die Landwirte nicht freigelegt wird!) Das ist nur eine Behauptung, die sehr schön klingt, bei der ich aber zweifeln für ob Sie selbst das glauben. (Sehr wahr! rechts.) Unter den Vorlagen ist eine große Menge, die die Landwirtschaft ganz besonders treffen. (Lachen und Unruhe links, lebhafter Zustimmung rechts.) Und gegen die Landwirte schließt sich in keiner Weise gedrückt hat. (Lebhafte Beifall rechts, Zuruf links.) Wir müssen ja, die Vorlagen der Regierung und die aus die Finanzvorlage angezeigten Vorlagen sind verfassungsrechtlich. Ich habe selbst hier oft ausgeführt, was jetzt die Herren von der Linken auch getan haben, die Ausarbeitung der Gesetzesentwürfe ist im weitestlichen Sinne der Regierung. Wenn wir unter dem Druck der Verhältnisse hier eine Ausnahme gemacht haben, so weiß ich ganz genau, wir haben nichts Vollkommenes geteilt. (Stürm. Zustimmung. Sehr richtig! rechts.) Wir haben aber auch das sehr Bedauern, daß, wenn der heutige Tag dazu über, daß die Erbschaftsteuer abgelehnt wird, dann von allen bürgerlichen Parteien dieses Hauses der erste Wille gezeigt und bekräftigt wird, diese Gesetzentwürfe zu verbessern. (Zuruf links: Sind gar nicht zu verbessern!) Wenn es dazu kommen wird,

Schatzsekretär Dr. Sydow:

Auch mir liegt es fern, in diesem Stadium der Verhandlung auf die Grundlage der Regierungsvorlage noch einmal zurückzukommen. In der vorigen Woche habe ich auch bereits die Gesichtspunkte dargelegt, von denen die Regierung bei der Vorlegung des Gesetzes ausgegangen ist. Nachdem aber der Vorredner seinen prinzipiell ablehnenden Standpunkt begründet hat, muß ich mit wenigen Worten auf die prinzipielle Grundlage des Gesetzes zurückkommen. Wenn man sich, wie das der Fall ist, darüber einigt ist, daß bei der ersten Gelegenheit Steuern aus der Reichsbevölkerung mit indirekten Steuern aus der Reichsbevölkerung zu beschaffen sind, die die vollkommenste ist, und der vollkommensten nicht näher kommt, die Art, die alle Arten des Besitzes gleichmäßig trifft und die der Leistungsfähigkeit angepaßt ist. Von dieser Art der Reichsteuern gibt es die Einkommensteuer, die Vermögenssteuer und die Erbschaftsteuer. Darüber ist in diesem Hause kein Zweifel, daß die Einkommen bereits von den Bundesstaaten in einem Maße in Anspruch genommen werden, so daß es für das Reich nicht mehr möglich ist, aus dieser Quelle zu schöpfen. Die Vermögenssteuer wollen die Bundesstaaten nicht hergeben, weil sie für ihre eigenen Kulturaufgaben gebraucht wird. Es bleibt also die Erbschaftsteuer. Dazu kommt, daß diese Erbschaftsteuer bereits durch Gesetz von den Bundesstaaten dem Reich übergeben und überlassen worden ist. (Hört, hört! links.) Das ist ein Gesichtspunkt, den der Vorredner, als er gegen die Erbschaftsteuer polemisierte, übersehen hat. Die Regierung hat sich vor zwei Jahren dahin geeinigt, diesen Teil ihrer Steuern dem Reich zu überlassen. Wir befinden uns also völlig auf dem richtigen Wege,

wenn wir auf dieser Grundlage weiterarbeiten. Der Erfolg einer solchen allgemeinen Steuer durch Spezialertrag auf einzelne Vermögensgegenstände ist nicht möglich. Wohl kann man eine neue Vermögensgegenstände beschaffen, man wird aber nicht alle treffen. Auch die zahlreichsten Vorläge, die in dieser Richtung vorgebracht sind, haben das nicht vermocht. Wenn Sie aber auch alle einzelnen Gegenstände erfassen können, so bleibt der Einwand, daß Sie die Leistungsfähigkeit nicht berücksichtigen können, weil Sie die Schulden, die auf dem Vermögen lasten, nicht nachprüfen können. Auch das ist nur durch die Erbschaftsteuer möglich. Man kann darüber streiten, ob es zweckmäßig ist, durch den Ausbaur der Vermögens- oder der Erbschaftsteuer das Ziel zu erreichen, aber wie die Verhältnisse nun einmal sind, muß das Reich, wenn es keine allgemeine Besteuerung einführen will, sich auf die Erbschaftsteuer beschränken. Damit erledigt sich auch die Frage, ob die Vermögenssteuer oder die Erbschaftsteuer richtiger ist. Sie sagen nun gegen die Erbschaftsteuer: wir wollen die Steuer bei Lebzeiten zahlen, wir wollen sie den Erben nicht überlassen. Wenn Sie aber die Erbschaftsteuer ablehnen, dann ergibt sich das Resultat, daß Sie bei Lebzeiten überhaupt nichts zahlen, sondern daß die Steuern von ganz anderen Geldgebern und zwar von schwächeren Schultern getragen werden müssen. (Lebhafte Zustimmung links.) Der Gesichtspunkt, den Familienbesitz

als die bequemste Besteuerung

Sind gar nicht zu verbessern!

intakt zu halten, wird von der Regierung in keiner Weise durch die Steuer verlegt, denn die Gänge, die vorgezogen sind, sind so häufig, daß eine Erschütterung des Vermögens dadurch nicht stattfinden kann, insbesondere auch nicht des Grundvermögens. Die Regierung hat nie vergessen, daß der Eigentümer des Grundvermögens entsprechend ihrer besondere Bestimmungen zu treffen sind. Ein Gut im Werte von 200 000 Mark, das mit 60 000 Mark Schulden belastet ist, also einen Reinertrag von 140 000 Mark hat, erfordert bei drei Kindern, die eben, jährlich eine Rente von noch nicht 15 Mark. (Hört, hört! links.) Ein Gut von 600 000 Mark bei 180 000 Mark Schulden erfordert eine Rente von jährlich 66 bis 67 Mark unter der Voraussetzung, daß drei Kinder erben. Das ist doch wahrhaftig

keine Erschütterung des Familienvermögens.

(Beifall links.) Weiter wird gesagt, die Steuer treffe die Erben gerade in einem ungeeigneten Momente in wirtschaftlicher Not. Das wäre richtig, wenn wir jeden Erbanfall heranziehen würden. Wir lassen aber alle Erbanfälle unter 10 000 Mark frei und belassen den Erben weiter nur mit 100 Mark, gleich einer Rente von 4 Mark. Der Mann, der diese Erbschaft macht, wird den Verlust wohl tragen können. Er steht immer noch viel besser da als eine Menge seiner Vorgesetzten, die von anderen Steuern erheblich befreit werden. Es ist auch von

konfessionslosem Charakter

der Steuer an anderer Stelle die Rede gewesen. Die Steuer trifft nicht mehr als jede andere Steuer, als die Einkommens- und Vermögenssteuer. Die Vermögenssteuer ist auf 30 Jahre verteilt, hier handelt es sich um eine Steuer im gegebenen Falle. Durch Lebensversicherungen usw. kann der Besitzer für seine Erben Voraussetzungen treffen. Der landliche Besitzer kann durch die landwirtschaftliche Lage sich genau über die Höhe der Steuer unterrichten und Vorzüge treffen. Er weiß ganz genau, wie viel im Falle seines Todes seine Erben zu zahlen haben werden. Die vorliegenden sozialdemokratischen Anträge, die die Höhe erhöhen wollen, lehnen wir ab, ebenso die Anträge A a b, die eine andere Stala festsetzen wollen. Der Bundesrat hält an der Stala, die er aufgestellt hat, fest. Mit dem Antrage G a m kann ich mich aber einverstanden erklären.

In ganzen fasse ich mich dahin zusammen (mit erhobener Stimme),

daß ich dem Hause auf das dringendste empfehle, diese Steuer, die für die Allgemeinheit die beste ist, die in dem ganzen Steuerbüchse der Regierung enthalten ist (Gelächter rechts, links, im Zentrum), weil sie nach Maßgabe der Leistung den allgemeinen Beitrag trifft, nicht zu verwehren. Es würde schwer zu verstehen sein, wenn der Reichstag, der auf der Suche nach indirekten Steuern so fleißig ist, als es die Besteuerung ist, nicht auch hier, vorübergegangen ist, um hier und da ein Mäuschen zu pfücken, wenn er dem Besten keine richtige Beurteilung zuteil werden lassen wollte. Ich habe in letzter Zeit oft Gelegenheit gehabt,

mit Ausländern,

in der Deutschland waren, über diese Steuer zu sprechen. Ich denke hier besonders an Leute, die häufig denken und fühlen wie wir, an Deutsch-Franzosen. Von allen Seiten ist mir gesagt worden: „Wir verstehen den Widerspruch gegen die Erbschaftsteuer auf Dependenden und Ehegatten nicht, zumal in der gemäßigten Form, die von der Regierung vorgezogen wird. Wir haben sie seit langer Zeit bei uns, es findet kein Mensch etwas daran, sie wird als ganz selbstverständlich erachtet.“ — Ich bin sehr überzeugt, wenn es dem Hause gefallen wird, diese Steuer anzunehmen und sie zur Einführung gelangt, daß dann in wenigen Jahren in Deutschland dasselbe gesagt werden wird, wie jetzt im Auslande: „Wir haben uns daran gewöhnt, und wir sind überzeugt, daß die befürchteten Schäden nicht eingetroffen sind. Die Erbschaftsteuer ist eine gute, eine vernünftige Steuer.“ (Widerpruch rechts, lebhafter Beifall links.)

Abg. Sieg (natl.):

Ich bin beauftragt, im Namen meiner Fraktion den Standpunkt unserer Partei zum Ausdruck zu bringen. Ich tue das um so lieber, da sich meine persönlichen Anschauungen genau mit den Wünschen meiner politischen Freunde decken. (Zurufe: Na! Na! Heiterkeit.) Es wird wohl niemand hier im Hause wagen, zu bezweifeln, daß ich vollständig der eifrige Freund der Landwirtschaft bin (lebhafter Zustimmung bei den Nationalliberalen), und daß ich fortgesetzt bemüht bin, die Interessen der Landwirtschaft nach allen Richtungen hin wahrzunehmen. (Lebhafter Beifall. b. d. Natl.) Es wird wohl auch niemand wagen, zu bezweifeln, daß ich in meiner ganzen Vergangenheit stets die gleiche Liebe zur Scholle zur Schau getragen habe, wie die Mitglieder der Fraktion. Ich habe ein Gut übernommen, das trotz schwerer Arbeit und großer Opfer niedergegangen war. Dieses Gut bewirtschaftete ich jetzt seit 30 Jahren. Und ich lebe in einem glücklichen Familienverhältnis. (Lautes Lachen rechts und im Zentrum.) Der Redner erregt: Ich protestiere gegen dieses Lachen. (Lebhafter Zustimmung links.) Ich lebe in dem glücklichsten Verhältnis mit Frau und Kindern und noch nie ist diesen etwa der Gedanke gekommen, daß ich als Familienvater meine Vorfälle verleihe, wenn ich den Versuch machen wollte, für die Erbanfallsteuer an Dependenden und Ehegatten zu stimmen. Der Familienfiskus in meiner Familie ist genau so entwickelt und genau so groß, wie in allen den Familien, deren Oberhäupter ich bin, mit Rücksicht auf ihre Familien gegen die Erbschaftsteuer stimmen zu müssen. (Gelächter links.) Das Verhältnis ist die Berechtigung und Notwendigkeit der Erbschaftsteuer ist mir nicht etwa erst unter dem Einfluß der letzten Wahlen gekommen. So liegt die Sache fest. Schon in den langen Jahren, selbst im ich mich im öffentlichen Leben betätige, habe ich stets für eine derartige Steuer gesprochen und getritten. Also neu ist die Sache bei mir nicht. In dieser Beziehung stehe ich auf dem Standpunkt, daß die Forderungen der Bundesregierungen vollständig richtig sind. Die Rede des Schatzsekretärs billige ich vollkommen. Auch ich kann nur sagen, daß in einem Moment, wo von ganzen Völkern eine so enorme hohe Belastung gefordert wird, wie jetzt allein vom Reiche — geschweige von Preußen und den übrigen Bundesstaaten — so schwere Auflagen auf diejenigen Gebrauchsgüter gelegt werden, die die große Masse des Volkes verbraucht, in einem solchen Augenblicke ist es nur gerecht und nicht mehr billig, daß auch die Befühenden einen gewissen Teil der Lasten aufbringen. (Lebhafter Beifall links.) Das ist der Standpunkt meiner politischen Freunde, den auch ich voll vertrete. (Lebhafter Beifall links.) Besonders in der letzten Zeit ist draußen im Lande unendlich viel geschrieben und geredet worden, als wenn durch Annahme der Erbschaftsteuer tatsächlich der ganze landwirtschaftliche Grundbesitz zugrunde gehen würde. Wenn wirklich einmal die Wahrheit drauß im Lande

bekannt sein wird, dann werden diejenigen, die Ihnen (nach rechts) heute noch folgen, Ihnen die bittersten Vorwürfe machen. (Lebhafter Zustimmung links.) Die Ausführungen, die der preussische Finanzminister v. Rheinbaben und die anderen Mitglieder des Bundesrats bei der ersten Lesung der von der Regierung eingebrachten neuen Erbschaftsteuer gemacht haben, müßten, wenn bei uns die französische Sprache herrschte, in allen Gemeinden angehängelt werden. (Gelächter rechts links.) Ich würde Ihnen das Volk draußen im Lande eine große Warnung schicken, auch der kluge Bauer, auf den ich nachher noch ganz besonders zu sprechen kommen werde. (Heiterkeit.) In einem Punkte allerdings muß ich den Herren von der Rechten zustimmen: in dem Protest gegen die Angriffe des Prof. Hans Delbrück wegen der angeblichen Steuerdrückerei der Landwirte. Diese Angriffe verhorre ich auch ich; auch ich protestiere ganz energisch dagegen, daß man solche Beschuldigungen gegen den ganzen Stand der Großgrundbesitzer, dem auch ich angehöre, erhebt. Das ist nicht fair und nicht richtig. (Lebhafter Zustimmung rechts und im Zentrum, Zurufe: Mommsen!) Den Herrn Kommunisten können Sie ja nachher allein sprechen. (Stürmische, langanhaltende Heiterkeit.) Ich bin auch berechtigt, das zurückzuweisen, denn kein Mensch denkt heute in der Selbstverleumdung, ich nehme teil an diesen Konventionen. Sie sind so zusammengesetzt, daß ein Beobachter nicht zu denken ist. Wir wollen gar nicht benutzbar sein und wir wollen auch nicht einen Regierungsrat, der nichts weiß, sondern wir wollen einen haben, der etwas versteht. Was bietet nun die Rechte uns als Ersatz für die Erbschaftsteuer? Das ist für mich der Schwerpunkt. Sie bietet plötzlich eine Kettierungssteuer. In dieser Kettierungssteuer findet sich das, was mit geradezu unerschöpflicher Energie werden landwirtschaftliche Papiere mit einer neuen Abgabe belastet. Nun frage ich Herrn von Obenbun, wenn er hier sein sollte. — (Abg. von Obenbun: Ja, er ist hier! — Heiterkeit.) — Was würden Sie gelagt haben, wenn vor einigen Monaten eine derartige Diskretionierung der landwirtschaftlichen Papiere von liberaler Seite bekannt worden wäre. Ich erinnere Sie an die Zeiten, wo hier und auch im Abgeordnetenhaus schwermütige Angriffe gegen den Reichstagspräsidenten gerichtet worden sind, weil er den landwirtschaftlichen Papieren nicht dieselbe Qualifikation beizumessen wollte wie den Staatspapieren. (Lebhafter Zustimmung links.) Wer ist nun heute der Träger von landwirtschaftlichen Papieren? Ist in der Hauptsache doch der kleine Grundbesitzer. Der Großgrundbesitzer ist in der Hauptsache satt. Er hat genommen, was er fand. Liegt das etwa daran, weil dieses Institut von Großgrundbesitzern geleitet wird? Liegt das an der Unfähigkeit der Großgrundbesitzer? Sie werden die Klagen nicht mehr los werden, wenn das bekannt wird. Sehen Sie nicht schon, wie Anstifter, die Bauern, auftreten, um sich mündig zu machen? Ich sehe diese Bewegung mit großem Bedauern. Als ich vor 30 Jahren in die Tätigkeit im Reich eintrat, war Anstifter zwischen Kleinrentner und Großgrundbesitzer. Mit der Zeit sind wir zu einem guten Einvernehmen gekommen, wir machen alles einträglich. Soll das alles wieder gerissen werden? Das wollen auch Sie nicht. Mit der Kettierungssteuer dürfen Sie uns nicht kommen. Ganz böses Blut wird das machen. Die Leute werden die Wirkung der Kettierungssteuer erkennen. (Sehr richtig! links.) Ich kann den Reichstagsrat nur bitten, die Kettierungssteuer nie und nimmer anzunehmen. Machen Sie, Herr Reichstagsrat, was Sie wollen, aber machen Sie solche Kettierungssteuer nicht. (Stürmische Zustimmung links; der Reichstagsrat nicht anwesend zustimmend mit dem Kopf.) Bedenken Sie, wie die Bodenreditbanken mühsam die Kupfs aufrecht erhalten. Bedenken Sie, welches Dammo bei den Hypothekenbanken zu besagen ist! Soll das noch um so und soviel Prozent erhöht werden? Diese Wirkung werden auch Sie nicht wollen. Es ist vom Sanjaband geredet worden. Man hat hier gelacht. Während Sie (nach rechts) lachten, war ich tief betrübt. Ich glaube, ich sehe darüber in die Zukunft. Genau so hat man, als Bayerischer Herr, seinen Bruchteil lachen und seine Brandbegehrte gelacht über die Landleute, daß sie sich zum Leuten wollen: wie wäre das möglich, Großgrundbesitzer und Kleinrentner zusammenzubringen? Ich selber bin ein treuer Anhänger des Bundes der Landwirte immer gewesen, weil ich der Ansicht bin, daß in einer Zeit, wo sich alles auflöst, auch die Landwirtschaft sich möglichst zusammen tun muß. (Zustimmung.) Aber die Wege, die heute eingeschlagen werden, erscheinen mir nicht mehr als die richtigen. (Zustimmung.) Auch der Sanjaband wird wachsen. Mit seinen todseligen Mitteln bekommt er die besten Agitatoren, die größten Schwärzer, die das Blau vom Himmel herunterjagen. (Stürmische, langanhaltende Heiterkeit.) Dadurch wird es dahin kommen, daß die großen Massen des Volkes sich gegen die deutsche Landwirtschaft wenden werden, die man heute schätzt und ehrt, und der man heute ihren Verdienst lassen will. Was mich gegen uns gehen und dann werden Sie (nach rechts) die Feste legen, leider auch ich. (Gelächter rechts links.) Ich möchte mich, uns zu verorten, wie er in die Bundesversammlung mit dem Zentrum und mit den Polen gekommen ist. Er hat gesagt, er hätte das Zentrum auf seinem Wege gefunden. Natürlich, Herr Graf Westarp! Aber ich nehme an, das war in frohstehender Hinführung, so nur der Laizismus und Gedör wirkt. (Große Heiterkeit.) Wenn aber Graf Westarp in die sozialistischen Augen des Grafen von Mielzowski sah, mußte ihm ein gewisses Grauen kommen. (Heitere Zustimmung links.) Graf Mielzowski ist hier der demokratische Feind der Demokraten unter den Polen, derjenige, der für das Koalitionsrecht der Landarbeiter eintritt. Und was will er mit dem Koalitionsrecht erreichen? Eine vollständige Revolutionierung unserer Arbeiter! (Oh! bei den Polen und im Zentrum.) Wawohl! Es ist ein Unverständnis, Herr Dr. Hein, ob Sie nur deutsche Arbeiter haben, oder ob Sie auch polnische Arbeiter haben; ob Sie polnische Elemente haben, die nur arbeiten wollen, oder ob Sie Russen haben, die gegen die Deutschen revolutionieren wollen. (Zustimmung bei den Natl.) Herr Dr. Hein, gut sein, für uns im Osten wäre es der Tod des Deutschtums und der Landwirtschaft. Darum mache ich gerade dem Grafen Westarp die allerhöchsten Vorwürfe. Er sollte doch nie vergessen, daß er gewiß ist, so nicht der Deutsche. (Lebhafter Zustimmung links.) Alle Deutschen müßten für ihn eintreten. Wird diese Einigkeit sich aufrecht erhalten? Das hätten Sie sich überlegen sollen. Das hätten Sie uns aus dem Osten, die wir warm für das Deutschtum eintreten und für die Zusammenfassung aller Deutschen arbeiten, nicht tun dürfen. (Stürmischer Beifall links.) Herr von Rühlhofen hat gesagt, die ganze Frage sei für sie eine Gemisensfrage. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Fortemomniefrage!)

Gewiß, aber bei uns ist es dieselbe Gemisensfrage. (Sehr richtig! links.) Bei uns ist es die Gemisensfrage, daß wir nicht das Volk mit 400 Millionen indirekter Steuern belasten ohne die 100 Millionen Beiführern. Die „Königliche Zeitung“ behauptet, daß nicht 10 Prozent, sondern nur 8 Prozent der Landwirtschaft von der Erbschaftsteuer getroffen wird: Großbauern, Rittergutsbesitzer, Großgrundbesitzer. Dann ist es aber ein noblesse oblige dieses kleinen Reiches, die Angelegenheiten der Landwirtschaft zu beschützen. (Stürmische Zustimmung links.) Der Reichstagsrat hat auch gesagt, Sie selbst sind sich solche Verdienste um die deutsche Landwirtschaft erworben (Zustimmung links) und so außerordentliche Verdienste um die auswärtsige Politik (Zustimmung rechts), daß wir alle Ursache haben — wenigstens meine politischen Freunde sind darin einstimmtig — dringen zu wünschen, daß der Herr

Reichstagsrat auf seinem Posten verharzt. (Lebhafter Beifall links. Zuruf rechts: Wollen wir auch!) Das kann ich aber dem Herrn Reichstagsrat sagen, die Stimmen auf dem Lande mehr als für lawinartig für ihn. (Sehr richtig!) Beachten Sie das nun genau, auch in gut konventionellen Kreisen, auch im Osten. (Abg. Erzberger: Da gibt es keine Lawinen! Heiterkeit.) Wir bedanken doch Preußen, dem seine diejenige Sicherheit, die wir jetzt so lange Jahre seit dem Krieg gehabt haben. Gerade wir Bemohner an der Nigra sind dem Herrn Reichstagsrat und seiner Majestät dem Kaiser dankbar für das, was in der letzten Zeit sich abgespielt hat. (Lebhafter Zustimmung.) Der Reichstagsrat ist auf dem Lande. Wir haben jetzt wieder die Ruhe. Sie da in den bayerischen Bergen, wo nie ein Kofat oder sonst etwas hinkommt (Große Heiterkeit). — Sie haben natürlich kein Gefühl dafür, wie dem amate ist, auf den, vier Meilen von der russischen Grenze, die Gefahr lauert; um bayerischen Zentrum oder aus den bayerischen Bergen kommt ja da überhaupt keiner hin. (Heiterkeit.) Wir sind wohl von Dankbarkeit gegen den Herrn Reichstagsrat, voll von Dankbarkeit gegen Seine Majestät den Kaiser, daß es ihm gelungen ist, die alle Freundschaft mit dem Kaiser von Ausland wieder herzustellen. (Lebhafter Beifall, Lärm im Zentrum.) In diesem Gefühl sind auch wir in weiten Kreisen bereit, Opfer zu bringen. Ich hoffe, daß schließlich in diesem Sinne doch eine Majorität einen Ausweg findet, durch den Frieden und Eintracht zwischen den anderen Parteien und uns eintritt. (Stürmischer Beifall links, ein Haken im Zentrum erstickt in dem Beifallssturm der Linken, die Polen rufen: Zurru!)

Abg. Fürst Saksfeld (Sp.)

verleitet folgende Erklärung: Die Reichspartei hat sich in ihrer großen Mehrheit entschlossen, der Erbschaftsteuer zuzustimmen, im großen Zustimmenden der Finanzreform zu fördern. Durch Ablehnung ihres Antrages auf verfassungsrechtlichem Schuß gegen die Erhöhung der Steuerhöhe und die Aushebung der Steuer auf kleinere Vermögen ist freilich ihr Festhalten an diesem Standpunkte ersichert. Gleichwohl werden wir bis auf wenige Ausnahmen in der zweiten Lesung für die Erbschaftsteuer stimmen, um einen letzten Versuch zu machen, die Finanzreform zur Beschleunigung zu bringen. Dieses Ziel kann nicht schon dadurch erreicht werden, daß die Parteien, welche keine indirekten Steuern ohne Erbschaftsteuer bewilligen wollen, lediglich ihre Bereitwilligkeit zur Bewilligung von 400 Millionen indirekter Steuern aussprechen, sondern nur dadurch, daß tatsächlich hierüber in kürzester Frist (Beifall rechts) eine Verständigung auf einer Grundlage erfolgt, welche die Zustimmung der Majorität dieses Hauses und der verbündeten Regierungen findet. Wichtig ist dieser letzte Schritt, aber wird die Erbschaftsteuer abgelehnt, so können wir die Verantwortung für das Scheitern der für unser Vaterland noch immer wie nach außen unangenehmlich notwendigen Finanzreform nicht auf unsere Schultern nehmen. (Sehr richtig! rechts.) In diesem Falle sind wir entschlossen, die Konsequenzen daraus zu ziehen und werden unsere ganze Kraft für das Zustandekommen der Finanzreform auch ohne Erbschaftsteuer einlegen. (Hört, hört! Große Bewegung.)

Abg. Frhr. v. Hertling (Ztr.):

In manchen Kreisen ist das Gefühl verbreitet, als ob der heutige Tag die Entscheidung sein würde für das Schicksal der Finanzreform. Ich weiß nicht, ob das richtig ist, denn die Zukunft ist dunkel. (Sehr richtig! Große Heiterkeit.) Dann wird aber doch denjenigen recht gegeben, die schon längst der Meinung sind, daß es sich hier gar nicht um eine einzelne Steuerfrage, sondern um einen großen Wachstum zwischen rechts und links handelt. Ich habe mir lediglich das Wort erbehen, um in wenigen Worten die Stellung meiner Freunde zur Erbschaftsteuer nochmals kurz zu präzisieren. Durch die Erbschaftsteuer wird der Besitz nicht in gleichmäßigem Maße getroffen. (Sehr richtig! im Zentrum rechts.) Die Prärogative des Grundbesitzes durch diese Steuer ist so oft und von autoritativer Seite hier betont worden, daß es gar nicht nötig ist, darauf zurückzukommen. (Sehr richtig! im Zentr. und rechts.) Der Grundbesitz kann sich nicht wie das mobile Kapital der Kontrolle entziehen. Die Erbschaftsteuer auf Dependenden trifft die Parteien ungleich nach der verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Stellung. Das läßt sich durch Stöpfung gar nicht beseitigen. (Sehr richtig! rechts und im Zentr.) Es trägt einen ganz außerordentlich formal juristischen Gesichtspunkt in diese Verhältnisse hinein, wenn man das Vermächtnis der Eltern dem Vermächtnis entfernter Verwandten gleichstellen will. In dem einen Falle handelt es sich um einen Zuwachs fremden Gutes, vielleicht um ein ganz unverdientes Glück, in dem anderen das das Eigentum der Familienmitglieder nach dem Tode des Vaters den Kindern zufallen muß. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.) Meine politischen Freunde haben sich bereits 1906 gegen die Einbeziehung der Dependenden und Ehegatten erklärt. Und als im März vorigen Jahres in der bayerischen Reichstagskammer von dieser Frage die Rede war, habe ich erklärt, daß wir dabei in vollständiger Übereinstimmung stehen mit den preussischen Konventionen. Sierach können Sie sich nicht wundern, daß wir in dieser Frage auf der Seite der preussischen Konventionen stehen. (Aufe! Auf! links.) Wir haben in der Zeitung gelesen, daß einflussreiche Parteien dieses Hauses von dem Ausstehen der Zustimmung über die Erbschaftsteuer ihre Stellung zu den indirekten Steuern abhängig machen. Ich habe hier keine Beschlässe meiner Freunde mitgeteilt, aber ich möchte doch zur Erwägung geben, daß was dem einen recht ist, dem anderen billig sein wird. (Hört, hört! und Bewegung.)

Abg. Dr. David (Soz.):

Wenn die Erbschaftsteuer heute der wichtigste Punkt ist, so haben ihn die Konventionen dazu gemacht. Sie sagen: Prinzipienfragen! Das ist das Prinzip des großen Fortemomnie. Das die Regierung es nicht wagen kann, die Erbschaftsteuer einfach unter den Tisch zu werfen, ist ein Verdienst der Sozialdemokraten. Aber trotz Erbschaftsteuer wird auch die Nachfallsteuer kommen und die Vermögens- und Einkommensteuer. Die ganze Steuer ist eine sozialdemokratische Idee. Die Regierung hat nur in den guten sozialdemokratischen Wein eine gehörige Portion Wasser gegossen.

Abg. Dr. Müller-Meinings (fr. Sp.)

gibt eine Erklärung über die Stellung der freimütigen Fraktionsgemeinschaft zu den Anträgen bezüglich der St a f s e l u n g. Dem Antrag der Wirksamsten Vereinigung wird die linksliberale Fraktionsgemeinschaft zustimmen; der Antrag der Sozialdemokraten geht zu weit. Die V e r f a s s u n g s f r a g e l i e f e n u n w i r t h a f t a n n e h m e n. Sie bedeutet geradezu ein Zurückrauben des Reichsgedankens. (Sehr richtig! links.) Warum diese Angst vor der erweiterten Erbschaftsteuer? Der fräufigste Schuß gegen eine unbedingte explizite Ausdehnung der Erbanfallsteuer ist das berechtigte Interesse der 25 deutschen Bundesstaaten. (Sehr richtig! links.) Das demokratische, mittelständische, liberale mit sozialistischen Ideen durchdrännte Zentrum hat sich nun endlich ein Herz genommen, diese Erbanfallsteuer zu tun. Herr v. Hertling hat heute eine leidenschaftliche Verteidigungsrede des Standpunktes der Konventionen bezüglich des

Familienfinnes gehalten. Denken Sie doch an die Rede des Prinzen Ludwig von Bayern in Karlsruhe. Hat er nicht leicht sein Herz für Familienfinnen? Auch er erst von Ihnen lernen, was Familienfinnen ist? (Sehr gut! links.) Herr Sieg hat ganz recht, nur die Unkenntnis der Massen ist schuld, daß man sich überhaupt über die ganze Steuer so aufregen konnte draußen im Lande. Die Regierung trifft auch große Schuld. Wenn sie zur rechten Zeit ungefähr in der Art und Weise wie Herr v. Rheinbaben für Aufklärung gelangt hätte draußen im Lande, dann wären auch die allergrößten Schwäger aus dieser Agitationsstunde nicht mehr an die Säubern und an den Sandwertzerstand herangekommen, sondern man hätte ihnen einfach die Tür gewiesen. (Beifall Zustimmung links.)

Vizepräsident Raempf:

Ich habe verstanden, daß Sie den Reichstag mit einer Agitationsstunde vergleichen haben. (Große Heiterkeit und Widerspruch.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fortfahrend):

Das ist ein wesentlicher Jertum des Präsidenten. Ich habe nicht das hohe Haus gemeint. (Abg. Kreth: Jirtus Schumann!) Sie wissen schon, wie ich es gemeint habe. Es gehört ja auch zu den Eigenfälligkeiten, die in der Rede des Abg. Spahn vorgekommen sind, daß er auch wegliegen will, daß ein Zentrumsabgeordneter der eigentliche Vater dieser Ausbehnung aus Deszendenten und Ehegatten ist. (Hört! Hört!) Ich glaube, gerade der Umstand, daß die damalige Nachschaffsteuer aus der Mitte des Zentrums kam, wor bestimmt für die Reichsregierung, daß sie ebenfalls einen bezüglichen Vorschlag gemacht hat, weil sie hoffte, daß das Zentrum darauf eingehen würde. Da haben Sie sich (zum Regierungstisch) beim Zentrum gründlich verrechnet. Da müßte das Zentrum eine bezügliche Frage nicht lediglich zum Parteienpunkt aus beurteilen. (Sehr richtig! links.) Es ist doch merkwürdig, daß Graf Westphal die wahren Absichten des Zentrums nicht erkannt. Sonst hätte er nicht hier erklären können, daß seine Partei durch ihre Politik den Kanzler den Boden ebenen wolle. Auch Herr Spahn behauptet, er wisse nicht davon, daß seine Partei den Kanzler kürzen wolle. Herr Peter Spahn und Graf Westphal scheinen niemals etwas davon gehört zu haben, wie in der Zentrumspresse der verhaßte Jogen. Bloßkänler verfaßt worden ist. (Gelächter im Zentrum.) Wie ein paar Loren haben die beiden Herren nichts gehört und nichts gelesen. Herr Graf. Sie sollten doch etwas Angst vor dieser Zentrumsgeschicklichkeit haben. (Abg. Spahn ruft: J wo!) Sie natürlich nicht, Herr Spahn. Sie sind ja von jeder ein Einseitiger für den Ultramontanismus gewesen. (Großer Lärm im Zentrum und rechts.) Bei der Rechten mag ja kein Dolus vorliegen bezüglich der Absicht, den Reichskanzler zu kürzen, aber man kann doch wenigstens von einem dolus eventualis sprechen. Kann ich so viel von positiver Mitarbeit gesprochen werden. Politik nennen Sie, was Jäger Absicht entspricht. Wir haben vom ersten Tage an erklärt, daß für uns mit der Annahme der Ablehnung des Erbschaftsteuergesetzes die Reichsfinanzreform steht und fällt. Wird der vorliegende Paragraph abgelehnt, und fällt damit die ganze Vorlage, dann mag diese Mehrheit die volle Verantwortung für das ganze Werk der Reichsfinanzreform ganz allein übernehmen. (Beifall links. Gelächter rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Heim (Str.):

Herr Dr. Müller-Meinungen hat erklärt, ich sei ein Anhänger der Erbschaftsteuer und werde von meiner Partei gewungen, gegen meine Ueberzeugung zu stimmen. Wenn ich bei der bayerischen Steuerreform für eine Nachschaffsteuer eingetreten bin, so ist das geschehen, weil ich damit das mobile Kapital erfassen wollte. Diese von mir geplante Nachschaffsteuer hat aber mit dem Wechselbalg der Erbschaftsteuer, die uns die Regierung vorschlägt, nicht das geringste zu tun. (Unruhe.) Prinz Ludwig von Bayern hat sich nur gegen eine Reichsnebensteuer gerichtet. (Sehr richtig! im Zentrum.) Für die Kotierungsteuer ist auch das Volk draußen, da muß auch der Sanftbude nichts, obwohl die allergrößten Schwäger, wie Kollege Sieg gesagt hat, vom Sanftbude engagiert sind. (Widerspruch links, Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Vattmann (Wirtsch. Bg.):

erinnert daran, daß vor einem Jahre noch in allen bürgerlichen Parteien ohne jede Ausnahme die gleichen Bedenken gegen die Ausbehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten vorhanden waren, und verliest unter fürstlicher Heiterkeit der Reden und des Zentrum aus einem im

vorigen Jahre in der „Kölnischen Zeitung“ veröffentlichten Aussage von Dr. Müller-Meinungen Stellen, wo dieser Abgeordnete von „brutalen und unjammhathigen Eingriffen in das Familienleben“, einer „offiziellen Verhöhnung des Schmerzes der Lebtragenden“ usw. bei der Ausbehnung des Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten spricht. Der Redner protestiert dann gegen die „einseitigen und gefährlichen Angriffe“ des Abg. Dr. Müller-Meinungen gegen die andersdenkenden Parteien und erklärt, daß seine Partei trotz schwerer Bedenken für eine gemilderte Erbschaftsteuer einzutreten bereit sei. Er bittet schließlich, den Antrag Kaab-Graze anzunehmen und erklärt: Die Ablehnung oder Annahme anderer Anträge wird für meine Freunde in der Gesamtsitzung in der dritten Lesung für die mir uns die Entscheidung vorbehalten, von maßgebendem Einfluß sein. Es darf nicht heißen: Kotierungsteuer oder Erbschaftsteuer, sondern es muß heißen: Kotierungsteuer, oder dann auch Erbschaftsteuer. (Beifall Beifall rechts.)

Die Aussprache schließt. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Graf Mielczynski (Pole):

Der liberale Herr Sieg hat eine Kapuzinade gegen das Zentrum gehalten. (Der Redner erhebt wegen dieses Ausdruckes einen Ordnungsruf.) Der liberale Herr Sieg hat die nationalistische Kriegsmaschine gegen uns vorgebracht. (Gelächter links.)

Abg. Dr. Spahn (konj.):

Ich habe heute keine Veranlassung dazu gegeben, daß sich Herr Müller-Meinungen mit meiner Person beschäftigt hat. Im übrigen, wenn ich in diesem Falle mit dem Zentrum zusammengehe, so bin ich glücklich, daß ich nicht in Ihrer Lage bin, die Sie mit den Sozialdemokraten zusammenschließen. (Lachen links.)

Es wird nunmehr abgestimmt. Der Präsident teilt mit, daß er zunächst über die Unteranträge abstimmen würde und dann über den § 9a. Diese Abstimmung soll namentlich sein nach Anträgen von Bismarck (nkl.) und Singer (Soz.). Der Präsident stellt hierfür die Unterabstimmungsfrage: Es erhebt sich das gesamte Haus.

Für die Staffelsätze des sozialdemokratischen Antrags erhebt sich keine der anderen Parteien, für die von den Sozialdemokraten beantragte Einbeziehung der unehelichen Kinder die gesamte Linke, die Reformpartei und ein Teil der Wirtschaftlichen Vereinigung. Auch das ist die Minderheit.

Das gleiche Ergebnis hat die Abstimmung über den Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung, für den diese Gruppe gestimmt, bez. die Ausbehnung der Progression auf 5 Prozent.

Vizepräsident Dr. Raasche stellt sodann die Staffelsätze der Regierung zur Abstimmung. Diese Abstimmung ist noch nicht namentlich. Es erhebt sich die gesamte Linke, die Reichspartei mit wenigen Ausnahmen, die Wirtschaftliche Vereinigung und die Reformen. Das Bureau erklärt, daß das die Mehrheit ist. Als Widerspruch aus dem Zentrum laut wurde, wiederholt Dr. Raasche diese Erklärung mit der Feststellung, daß das Bureau darüber einig ist.

Jetzt wird § 9a im ganzen zur Abstimmung gestellt. Die Abstimmung ist namentlich. Unter diesem Schweigen nimmt das Haus die Verkündung des „vorläufigen“ Zählresultates entgegen:

Es haben sich an der Abstimmung beteiligt 383 Abgeordnete. Davon haben mit Ja gestimmt 187, mit Nein 195 Abgeordnete, entfallen 1.

§ 9a: die Deszendenten- und Ehegattensteuer ist abgelehnt.

Auch nach Verkündung dieses Resultates ist tiefe Stille im Hause. Der Reichstagsrat hatte schon während der Rede des Abg. Fritzen v. Hertling den Saal verlassen. In rascher Folge werden dann die weiteren Paragraphen der Vorlage zur Abstimmung gestellt. Bei § 10, der die Steuerstufe für die anderen Verwandtschaftsgrade enthält, bleibt das Bureau zweifelhaft. Die Auszählung im Hammelporzug ergibt Ablehnung mit 190 gegen 168 Stimmen. Es sind demnach 27 Abgeordnete beim Hammelporzug nicht wieder in den Saal getreten.

§ 47a enthält die Bestimmung, daß bei landwirtschaftlichen Grundstücken die Deszendenten- und Ehegattensteuer in Gestalt einer Tilgungsrente entrichtet werden kann. Nationalliberale, Freijünnige und Sozialdemokraten haben Anträge gestellt, wonach diese Vergünstigung auch für gewerblich benutzte Grundstücke gelten soll.

Abg. Singer (Soz.) erklärt, daß die Annahme dieser Anträge für seine Parteifreunde eine Vorbedingung für die Zustimmung zur Erbschaftsteuerreform sei.

Auch diese Anträge werden abgelehnt, desgleichen ein Antrag der Freijünnigen auf Verkürzung der Tilgungsfrist von 20 auf 5 Jahre.

Die Bestimmungen der Regierungsvorlage über die Erbschaftsteuer werden mit sämtlichen dazu gestellten Anträgen abgelehnt.

Von den Sozialdemokraten liegt ein Antrag vor, den § 13 des geltenden Erbschaftsteuergesetzes zu streichen, bez. die Steuerfreiheit des Landesfürsten und der Landesfürstin entfällt.

Abg. Singer (Soz.):

Es wäre ein nobilo officium der Fürsten, auch ihrerseits dazu beizutragen, das Finanzelend des Reiches zu befeitigen.

Für den Antrag auf Streichung der fürstlichen Steuerfreiheit erheben sich mit den Sozialdemokraten die bürgerliche Linke sowie die Wirtschaftliche Vereinigung und Reformen. Der Antrag ist also abgelehnt. Die Sozialdemokraten rufen förmlich den Polen zu: Und Sie? Und die Polen? Die Polen wirken laut rufend ab. Von den süddeutschen Zentrumsbänden wird den Polen lauter Beifall gerufen, worauf die Linke in Gelächter ausbricht und hört! hört! ruft.

Vizepräsident Dr. Raasche teilt mit, daß damit vom Gehehewurfe nicht mehr übrig ist und er also nicht zur dritten Lesung kommen kann.

Die Tagesordnung ist erledigt. Vizepräsident Dr. Raasche macht zwei Mitteilungen:

Bei den namentlichen Abstimmung haben zwei Abgeordnete doppelte Jettel abgegeben, einen mit Nein und einen mit Ja. (Stürmische Heiterkeit.) Diese Stimmen sind also ungültig, und das Ergebnis der Abstimmung ist: 188 Ja, 194 Nein.

Sodann erklärt Dr. Raasche, er habe sich nachträglich überzeugt, daß Graf Kaab-Kreze einmal das Wort Kapuzinade ausdrücklich als parlamentarisches zulässig erklärt hat (Große Heiterkeit) mit der Begründung: die Kapuziner seien ganz anständige Leute. (Stürmische Heiterkeit.) Der Präsident sieht daher den Ordnungsruf gegen den Grafen Mielczynski zurück. (Große Heiterkeit.)

Der Präsident beraumt die nächste Sitzung an auf Freitag, 2 Uhr: Stempelpfeuern. Von den Sozialdemokraten ruft man: Bismarck! Bismarck!

Schluß 6¼ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhause.

99. Sitzung vom 24. Juni.

Am Ministerische: Herr v. Rheinbaben. Präsident v. Arndt eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 15 Min. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung des vom Herrenhause abgeänderten

Stempelpfeuergesetzes.

Ein Kompromißantrag der Rechten, des Zentrums und der Nationalliberalen will die Warenautomaten mit 1-4 Warenbehältern mit 1 Mark, mit mehr als 4 Behältern mit 2 Mk. Steuer belegen. Der Meist- und Paßstempel soll nach dem Antrag erst bei 360 Mark beginnen. Der Jagdpachtstempel soll betragen bei einem Pachtzins von 300-500 Mark 2 Proz., von 500-1500 Mk. 3 Proz., von 1500-3000 Mark 5 Proz., von 3000-6000 Mark 7 Proz., von 6000-8000 Mark 9 Proz., bei mehr als 8000 Mark 10 Proz. Verträge über Anpachtung von Gemeindegabbezirken sollen, wenn der Pachtzins 1500 Mark jährlich nicht übersteigt und der Pächter im Gemeindebezirk ansässig und Jagdbesitzer ist, nur 1/10 Proz. Stempel tragen.

Abg. Dr. v. Arndt (konj.) empfiehlt diese Anträge.

Abg. Fritzen (fr. Bp.):

lehnt die Anträge vornehmlich wegen der Bestimmungen über den Jagdpachtstempel ab.

Abg. Reiner (Soz.):

wirft den Großgrundbesitzern vor, sie benötigen ihre durch einen unverschämten Wählerterror gewonnene Macht dazu, für sich günstige Steuererlasse zu schaffen.

Präsident v. Arndt ruft den Redner zur Ordnung.

Die Parlaments-Ausgabe der „Saale-Zeitung“ (Morgen-Ausgabe)

berichtet an bedeutungsvollen Tagen ausführlicher als jedes andere Hallesche Blatt über die Vorgänge im Reichstage und Landtage! Jeder, der über die Verhandlungen im Parlamente unterrichtet sein will, abonniere auf die „Saale-Zeitung!“
Bestellungen auf das am 1. Juli a. c. beginnende Quartal nehmen heute schon die Expedition und die Postanstalten entgegen! — Ihren hinzutretenden Stadt-Abonnenten wird die „Saale-Zeitung“ bis 1. Juli gratis geliefert!

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben
hält es für das Beste, daß das Abgeordnetenhaus den Beschläffen des anderen Hauses beitrete, da die Differenzen nicht groß sind und jede weitere Verzögerung der Verabschiedung des Gesetzes seinen Zustand zum 1. Juli zweifelhaft mache. Jeder verlorene Monat aber koste dem Staat 11 Millionen Mark. (Hört, hört!) Ein hoher Jagdparkampfen ist durchaus gerechtfertigt. Doch bitte ich, die Grenze für die Begünstigung der Verträge über gemeinlichliche Jagden nicht auf 1500, sondern auf 1000 Mark festzusetzen. Die im Kompromißantrag geforderte weitere Begünstigung der Automaten ist völlig ungründet.

Hg. Fleiter (Str.):
Zweifellos wird der länderliche Grundbesitz im Stempelsteuer-tarif begünstigt. Aber das ist ganz in der Ordnung, denn er hat ohnehin viel höhere Steuerlasten zu tragen, als der städtische.

Hg. Wolff-Haß (fr. Vg.):
Auch dem städtischen Volk geht es schlecht. Kennen Sie denn nicht die Klagen der städtischen Grundbesitzervereine? Exhilariert denn ein Mittelstand nur auf dem Lande? Der einzige wirkliche Luxus in dieser Vorlage ist die Jagd, und die wollen Sie nicht genügend betanzeln. (Sehr richtig! links.)

Hg. Kretsch (kon.):
Die Linke verweigert immer, obwohl sie es weiß, daß der Großgrundbesitzer die ganzen Gemeindefinanzen für seinen Ausbeutungsbedarf hat. Der Vorkredner hat plötzlich sein mittelstandsfreundliches Herz entsetzt. Doch das mit dem Hansband in Beziehung steht, will ich nicht unterlassen. Der Redner wendet sich gegen die Sozialdemokratie. Die sozialdemokratische Presse berichtet von den Heben der bürgerlichen Parteien so gut wie gar nichts, oder sie lasse die Gegner etwas Törichtes sagen.

Hg. Kretsch (fr. Vg.):
Die Rechte hilft dem Mittelstand nur mit dem Munde. Der Mittelstand weiß aber längst, daß ihm mit mittelalterlichen Dingen, wie dem Befähigungsnachweis, nicht zu helfen ist. Die wahren Interessen werden durch die Tat, durch die Abstimmung vertreten, und da sich wir es, nicht Sie von der Rechten, die die Interessen des Mittelstandes fördern. (Sehr richtig! links.)

Die allgemeine Besprechung schließt. Bei der Abstimmung werden die Sähe des Kompromißantrages der Konstitution, des Zentrums und der Nationalfortschrittler und im übrigen die Fassung des Herrenhauses angenommen. Der Beschluß des Herrenhauses, der die Fahrtrahnen freizieh, wird debattelos genehmigt. Gegen die Vorlage stimmen Freisinn und Sozialdemokratie.

Es folgt die Beratung der

Berggesetznovelle.
Das Herrenhaus hat die früheren Beschlüsse des Abgeordnetenhauses nur insofern geändert, daß es die Berufungswahl für die Mitglieder der Arbeitervereine und die Sicherheitsmänner fakultativ und nicht obligatorisch gehalten wird.

Ein Antrag **Reuß (Str.)** will die Fassung des Abgeordnetenhauses wieder herstellen.

Die **Hg. Hiesch-Osten (ntf.)** und **v. Geisler (kon.)** wenden sich gegen den Antrag **Reuß**.

Sandelsminister Beldius tritt im Interesse des baldigen Zustandekommens, es sei der Fassung des Herrenhauses zu befall.

Hg. Reimer (Soz.) bekämpft die Vorlage, die den Arbeitern nicht das Beste, was sie beanpruchen dürfen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag **Reuß** abgelehnt, das Gesetz in der Fassung des Herrenhauses ermöglicht verabschiedet.

Es folgt die Beratung des Gesetzesentwurfes betr.

die Ordnung von Ausgaben des Rechnungsjahres 1907.
die aus der Einnahme nicht bestritten werden konnten. Es sollen 21 Millionen Mark auf Anleihe genommen werden.

Berichterstatter Dr. Wiesting (ntf.) empfiehlt Annahme des Entwurfs.

Unterstaatssekretär Dembski meint, daß bei einem 3/4 Milliardenetat die Mehrerschuldung nicht übermäßig hoch sei.

Hg. v. Pappenheim (kon.) fordert größere Sparsamkeit bei Dienstvereln und Bauten.

Hg. v. d. Hagen (Str.) schließt sich dem an.

Hg. Kronstein (fr. Vg.) bedauert, daß die Vorlage so spät komme. Jetzt könne sie nicht mehr gründlich erörtert werden.

Das Gesetz wird darauf in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Antrages **v. Böhlendorff (kon.)** betreffend

die Abänderung der Kreisordnung in den 6 älteren Provinzen.
Verbunden damit werden die Anträge **Kronstein (fr. Vg.)** und **Dr. Porich (Str.)** auf Abänderung der Bestimmungen über das Wahlrecht zu den Kreis- und Provinziallandtagen und ein neuer Antrag **v. Böhlendorff (kon.)**, der verlangt, daß von dem für die größeren ländlichen Grundbesitzer maßgebenden Mindestbetrag an Grund- und Gebäudesteuer wenigstens die Hälfte auf die Grundsteuer entfallen muß.

Die **Hg. Götting (fr. Vg.)**, **Dr. Padnie (fr. Vg.)** und **Eder (ntf.)** fordern, daß letzterer Antrag drei Lesungen passiere, da er neu eingeleitet ist.

Hg. v. Böhlendorff (kon.) meint, daß die Linke der sachlichen Arbeit nur Knittel zwischen die Beine werfen wolle.

Auf Antrag des **Hg. Fehren v. Jeditz (fr.)** werden alle drei Anträge an die Kommission zurückverwiesen.

Es folgen

Petitionen.
Ueber eine Petition der Frau **Minna Cauer** um Abschaffung des Dreifachwahlrechts und Erhebung derselben durch das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht, für beide Geschlechter und um eine gerechte Regelung der Wahlkreisverteilung beantragt die Kommission Ueberlegung zur Tagesordnung.

Hg. Rosenow (fr. Vg.):
In der Thronrede ist die Wahlkreisreform angekündigt worden. (Lachen rechts.) Ihr Lachen an dieser Stelle erscheint nicht sehr ehrfurchtsvoll. Das eben alle Wahlkreise muß fallen. Wir beantragen Ueberweisung der Petition als Material.

Hg. Hofmann (ntf.):
Wir haben Bedenken gegen die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen, sprechen uns aber auch bei dieser Gelegenheit für eine Reform des heutigen Wahlrechts aus.

Hg. Dr. Viehnecht (Soz.):
Das Dreifachwahlrecht ist eingeführt durch einen Hofverrat von oben. (Lachen rechts.) Sie von der Rechten treten das Christentum mit Füßen. (Anhaltender Lachen rechts.) Bisepf. Dr. Porich bittet, derartige Vorkwürfe zu unterlassen. Die Rechte treibt ein frivolcs Spiel, wenn sie Wahlrechts- und Finanzreform vertoppelt. Wir wollen, um ein Wort **Friedrich Wilhelm's I.** zu variieren, die Volkswirtschaft stabilisieren wie einen rocher

de bronco. Wir verlangen Ueberweisung der Petition zur Berücksichtigung.

Hg. Fehren v. Jeditz (fr.):
Die einzig richtige Antwort auf diese Rede ist der Ueberlegung zur Tagesordnung über die Petition der Frau **Minna Cauer**. Die Besprechung schließt. Der Berichterstatter **Dr. Wagner (ntf.)** bemerkt im Schlußwort, der Verein für Frauenstimmrecht sollte Viehnecht zu seinem Schuttpatron machen. (Große Heiterkeit.)

Bei der Abstimmung wird die Petition durch Ueberlegung zur Tagesordnung erledigt. Eine Petition des Herrn v. **Deutsch-Traubenberg-Berlin** wegen Einführung eines neuen Waffensystems beantragt die Kommission als Material zu überweisen.

Berichterstatter Dr. Wagner erläutert das vorgeschlagene System, das eine Parabel- und ein Wurfschiffsystem empfindlich, vermöge dessen unter Umständen ein Wähler 18 Stimmen abgeben kann. Das System sei durchdacht.

Hg. Dr. Viehnecht (Soz.) bezeichnet das System als groteske Ausgeburt einer mittelalterlichen Phantastie. Werfen Sie das Scheusal in die Wollschaf! (Lachen.)

Die Petition wird als Material überwieien, ebenso zwei Petitionen, die sich gegen die Schuldliteratur und die Verfertigung unglücklicher Bilder wenden. Eine Reihe weiterer Petitionen persönlicher Natur wird ohne Erörterung nach den Kommissionsanträgen erledigt.

Das Haus verläßt sich auf Freitag 11 Uhr: Hastpflicht der Beamten, keine Vorlagen, Petitionen.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Hof- und Personennachrichten.

Der Kaiser besuchte in Kien den Herzog von Meklanck auf seiner Jagd „Kriana“, ferner die französische Jagd „Arion“ und die mexikanische Jagd „Altowanah“. Am Donnerstag vormittag besuchte er das englische Rabettenfaulshiff „Cornwall“. Zur Frühstundstafel an Bord der „Hohenzollern“ waren u. a. geladen: Der Fürst von Monaco, Prinz von Battenberg, Staatssekretär v. Tirpitz, Admiral Graf v. Baudissin, Regierungspräsident v. Eisenhart-Rothke und das Geolge des Fürsten von Monaco, sowie Professor Herzog, der mit dem Fürsten von Monaco eingetroffen ist.

Herr Baron von Eisenhart-Rothke, der neuernannte Regierungspräsident von Mecklenburg, war gestern zur Frühstundstafel beim Kaiser an Bord der „Hohenzollern“, die eben in der Kieler Bucht ankert, geladen.

Zeitliche Kunstfehler vor Gericht.

Ein interessantes Thema wird in einer Aufschrift angeknüpft, die die „Post, 30.“ von ärztlicher Seite erhält. Der häufig vorkommende Fall, daß ärztliche Kunstfehler den Gegenstand von Prozessen bilden, wird in folgender Weise beleuchtet:

Prof. Dr. v. Francke in Gießen gibt in einem Vortrage, der in Volksmanns Sammlung klinischer Vorträge Nr. 524 veröffentlicht ist, von einer Verfügung des kaiserlichen Justizministers an die Oberstaatsanwälte aus dem Jahre 1903 Kenntnis, deren Nachahmung für deutsche Verhältnisse nicht nur im Interesse der Ärzte wünschenswert wäre. Die Verfügung lautet:

„In Straffällen, in welchen es sich um Feststellung eines von einem Arzte behandelten Kunstfehlers handelt, wird es sich in der Regel empfehlen, die Einholung eines fakultätgutachtens zu veranlassen, sofern nicht den beauftragenden Gerichtsärzten eine anerkannte Autorität auf dem betreffenden Gebiete der Heilkunde zuzummt und der Fall nach der Sachlage zu keinen Zweifeln Anlaß gibt. Es empfiehlt sich ferner, in solchen Fällen schon im Vorverfahren die Frage des Verhältnisses klar zu stellen, um nicht den behandelten Arzt selbst im Falle eines durch Freizpruch endenden Hauptverfahrens in seinem Ansehen schwer zu schädigen und den ärztlichen Stand seiner ungerechtfertigten Kritik in der öffentlichen Meinung auszusetzen.“

Dah unter solchen Umständen ein Arzt gegebenenfalls selbst ein Verfahren gegen sich beim Staatsanwalt beantragen würde, oder er weiß, daß das Gutachten einer Fakultät oder in Anspruch der wissenschaftlichen Reputation für das Rechtsmaßnahme eingeholt wird, wäre auch im Interesse des Rechtsfriedens gelegen, da die Klarstellung eines etwaigen Kunstfehlers dann leichter und gründlicher geschehen könnte, als wenn die Anzeige als Antwort auf die ärztliche Klauifikation oft Monate nach Begehung der Straftat erst zu erfolgen pflegt.

Die Rechtsverhältnisse der Studenten.

Die Unterstaatsminister des Abgeordnetenhauses hat eine Petition aus studentischen Kreisen um Neuregelung der studentischen Rechtsverhältnisse verurteilt.

Die Petenten wünschen, daß die Bestimmungen aus dem Jahre 1879 über das studentische Vereins- und Versammlungsrecht, die den Charakter der Beordnung und Tragung, aufgehoben werden. Auch das Disziplinarrrecht auf den deutschen Universitäten sei dringend reformbedürftig. Sie wollen nicht anders behandelt sein, als der Bürger und nicht vom Senat abhängig sein, nachdem dem deutschen Volk ein liberales Vereinsrecht gegeben sei. Die Petenten stammen aus den Kreisen der Antiklerikalen und sind der Meinung, daß der Akademiker seine Pflicht als Staatsbürger nur erfüllen kann, wenn er als Student an mitsprechende Selbstverwaltung gewöhnt worden ist. Die Petition verdammt ihren Verwalter den bekannten Vorkämpfer an der Berliner Antiklerikalität anständig der Auflösung der Hinterschaft. Die Kommission fand in der Mehrheit auf dem Standpunkt, daß akademische Freiheit genügend vorhanden sei. Dem Studenten dürfe das Recht zur politischen Erziehung und Bildung in keiner Weise beschränkt werden, es werde aber schon halten, die politische Betätigung mit den Pflichten des Studenten zu vereinen. Eine Disziplinordnung sei notwendig und könne nicht abgeschafft werden.

Auf liberaler Seite war man der Meinung, daß eine gewisse politische Übung in Versammlungen den Studenten nicht verwehrt werden solle. Für die Penetration haben die Freisinnigen den Antrag gestellt, die Petition zur Erwürdigung zu überweisen.

Der Speisewagen-Erlaß und Sachfen.

Durch die Presse ging gestern die — auch in unserer Abendausgabe wiedergegebene — Nachricht, daß auch die lächerliche Eisenbahnverwaltung den famosen Erlaß des Herrn Breitenbach auf ihren Strecken proklamieren habe. Hierzu erhalten wir aus Dresden ein Demotiv, das hoffentlich unüberwunden bleibt:

Dresden, 24. Juni. Durch Berliner Blätter wird die Nachricht verbreitet, daß dem preussischen Erlaß hinsichtlich der Verbannung der Fahrkartenhaber dritter Klasse aus den Speisewagen der Eisenbahnen, auch die sächsische Regierung beigetreten sei und eine gleichlautende Verfügung erlassen habe. Diese Meldung bestätigt sich nicht und wird schon dadurch als Erfindung gekennzeichnet, daß die sächsische Eisenbahnverwaltung gar keine Speisewagen besitzt und auch nicht daran denkt, eine derartige Verfügung zu erlassen.

Husland.

Die Luftschiff-Angst in Frankreich.

Der bekannte französische Luftschiffer Henry Delanault erhebt sich im „Matin“ gegen die neue Luftschiffen-energie und erklärt sie für eine Mordart. Major Renard sagte: „Was in einem Fort interessant ist, das ist nicht das, was man aus einem Luftschiff sieht, sondern was unter der Erde ist: Kasemattenplaziräte, Anzahl der Verteidiger, all das steht der Luftschiffer nicht besser, als der Landbesitzer.“

Minister Barthou erklärte neulich einigen Senatoren, die ein Gesetz gegen ausländische Luftschiffer haben wollten: „Ein Epion kann einen einsamen Ort auserkennen, dort landen und seine Lichtbündel in Sicherheit bringen. Ueberdies steht es jedem Ausländer frei, bei Westwind in der Pariser Gasanstalt aufzustiegen, sich über die Grenze treiben zu lassen und seine Aufnahmen in Deutschland zu entwickeln. Nicht Spioniererei, sondern Opferfreude ist nötig. Als ein Sturm das französische Militär-Luftschiff „Batie“ entführte, pöbelte und schwante man. Als bald darauf der „Zepplin“ in Osteringen verunglückte, brachte Deutschland nach einem Trauertage freiwillig innerhalb einer Woche beinahe zehn Millionen Franken für einen Erlaß aus. Draußen fliegen ersehen des leibhaftigen Luftschiff nicht, Frankreich vergesse nicht, daß um die Jahreswende Deutschland zehn leibhaftige besitzen wird, Frankreich nur fünf.“

Die Stellung Mulay Hafids erfüllt?

Die aus Marokko nach Paris gelangenden Meldungen, die Mulay Hafids Lage als sehr prächtig erscheinen lassen, geben Anlaß zu lebhafter Beunruhigung, in erster Linie für das Leben der Europäer in der marokkanischen Wüstend, dann jedoch auch für die politische Situation im Falle einer eventuellen Niederlage Mulay Hafids, die nicht unwahrscheinlich ist.

Die Aussicht, neuerdings durch die verworrenen Zustände in Marokko in Mitleidenschaft gezogen zu werden, bindet die dem Ministerium nahestehende „Aurore“ wenig tröstlich. Marokko war, so sagt das Blatt, für Europa und besonders für Frankreich lange genug Gegenstand größter Besorgnisse, deren Ende wir mit offener Freude begrüßten. „Reit Parthen“ hält eine Rückkehr von Abdul Aziz, dessen einstiger Schatzmeister El Mokri als Abgeandter Mulay Hafids in Paris verhandelt, auf den Sultanstron für nicht ausgeschlossen, denn von einer Thronbestätigung des Mogli könne nicht die Rede sein.

Theater und Musik.

Bühnenchronik.

Otto Semper, der lyrische Bariton des Erfurter Stadttheaters in den Jahren 1906-1908, der seit einem Jahre der Weimarer Hofoper angehöre, ist unter günstigen Bedingungen für die Dresdener Hofoper verpflichtet worden. — Der auf Bedekind und seine Frau begannen am 1. Juli ein auf mehrere Wochen berechnetes Gastspiel am Münchener Schauspielhaus. Es umfasst eine Anzahl bedenklicher Stücke. — Sultan Mahler löste seinen Vertrag mit der Kompart Metropolitano-Oper. Er übernimmt im Oktober in Newyork die Leitung eines großen Orchesters, das „Mahler-Symphonie-Orchester“ heißen wird und dessen Zustandekommen ein Damentomtee in Newyork, dem Milliardärstatten angehören, bewerkstelligte. — Die Liegnitzer Sommerbühne hat kürzlich eine Aufführung. Man gab „Eroberer“, ein Schauspiel in 4 Akten von Paul Harms. Mit einem Familiendrama nur lose verbunden ist darin ein logisches Drama. Schild und Darstellung fanden lobhaften Beifall. — Im Karlsruher Stadttheater hatte Erich Korns „Solomäne“ mit Elise Bernau in der Titelrolle einen starken Erfolg.

Die Festspiele im Münchener Prinzregenten-Theater bringen aus drei Aufführungen von „Trifan und Gold“ (12. und 25. August und 6. September). Als Trifan treten auf Arlus (Leipzig), Anote (München), Kraus (Berlin); Nibbe singen Fr. Fahrenber und Frau Burt-Berger (München); Warte — Wendler und Gilmann (München); Burwenal — Sauberger (München) und von Koo; Melot — Schroeder (München); Brangäne — Frau Freule-Magenauer und Fr. Ubrigg (München); Hirt — Hofmüller (München); Gueermann — Lobling (München); Marzole — Waller und Busson (München). Die musikalische Leitung hat Hofoperndirektor Motz.

Eine Montre-Aufführung der „Jungfrau von Orleans“ in englischer Sprache, fand in Cambridge (Massachusetts) statt. Auf dem offenen Stadion der Harvard-Universität ging die „Jungfrau“ zum Besten des Germanisches Museums in Szene. Es war eine glänzende Aufführung. Ward Adams spielte die Johanna. Frosmanns Gemilde war auf 2000 Mitwirkende verteilt worden, unter denen sich zahlreiche Harvard-Studenten befanden. Die Darstellung, namentlich der Massenfiguren, war durchaus realistisch und auf die 2000 Zuschauer von mächtiger Wirkung.

Unterhaltungsblatt.

Das Glück von Monte Carlo. Roman von Heinrich Lee (Zerf.). — Gewonnen. Novelle von Theo von Fardon. (Schluß). — Bunte Zeitung: Elise Siegel. Der letzte Liebhaber der Popabauer. — Literatur.